AZ: FD 50 - Herr Winter

Drucksache Nr.: 0204/2023/DS

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Ausschuss für Soziales und Gesundheit	06.03.2024	Ö	Vorberatung
Ausschuss für Finanz- und Vergabeangelegenheiten	13.03.2024	Ö	Vorberatung
Hauptausschuss	19.03.2024	Ö	Vorberatung
Ratsversammlung	26.03.2024	Ö	Endg. entsch. Stelle

Berichterstatter:

Oberbürgermeister Bergmann /
Stadtrat Hillgruber

Verhandlungsgegenstand:

Nachträge zu den Verträgen bzw. der Vereinbarung der Stadt Neumünster und dem Diakonischen Werk Altholstein GmbH über

- **den Betrieb der Zentralen Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot (ZBS)**
- **die Durchführung der Schuldnerberatung**
- **die Durchführung des Modellprojekts „Ambulante Wohnbetreuung“**

A n t r a g:

1. Dem Abschluss des 1. Nachtrages zum Vertrag über den Betrieb der Zentralen Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot (ZBS) vom 23.12.2019/03.01.2020 (Anlage 1) wird zugestimmt.
2. Dem Abschluss des 1. Nachtrages zum Vertrag über die Durchführung der Schuldnerberatung vom 13.11.2020/19.11.2020 (Anlage 2) wird zugestimmt.

3. Dem Abschluss des 1. Nachtrages zur Zuwendungs- und Leistungsvereinbarung über die Durchführung des Projektes „Ambulante Wohnbetreuung“ vom 07.11.2022/17.11.2022 (Anlage 3) wird zugestimmt.

IRIS:

Soziale Stadt sein, in der Benachteiligungen und Notlagen verhindert, abgemildert bzw. beseitigt werden

Finanzielle Auswirkungen:

zu 1.:

Mehraufwand im Jahr 2024 von 55.300 EUR.
Die Deckung wird im Jahr 2024 aus dem Budget des Dezernates III gewährleistet.

zu 2.:

Mehraufwand im Jahr 2024 von 60.500 EUR
und im Jahr 2025 von 71.410 EUR.
Die Deckung wird im Jahr 2024 aus dem Budget des Dezernates III gewährleistet.
Der Mehraufwand für 2025 wird bei der Haushaltsplanung für das Jahr 2025 berücksichtigt.

zu 3.:

Mehraufwand im Jahr 2024 von 14.700 EUR.
Die Deckung wird im Jahr 2024 aus dem Budget des Dezernates III gewährleistet.

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- Ja – positiv
- Ja – negativ
- Nein

Begründung:

Die Stadt Neumünster steht mit dem Diakonischen Werk Altholstein GmbH noch in laufenden Vertrags- bzw. Vereinbarungsverhältnissen für

- den Betrieb der Zentralen Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot (ZBS), Vertragslaufzeit bis Ende 2024,
- die Durchführung der Schuldnerberatung, Vertragslaufzeit bis Ende 2025,
- die Durchführung des Modellprojekts „Ambulante Wohnbetreuung“, Zuwendungs- und Leistungsvereinbarung bis Ende 2024.

Alle drei Übereinkommen haben eins gemeinsam: Die jährlichen Zuwendungsbeträge der Stadt wurden vorab für die Laufzeit der Verträge bzw. der Zuwendungs- und Leistungsvereinbarung festgelegt. Ausgehend vom Zuwendungsbetrag im ersten Vertragsjahr erfolgte zur Abfederung der Personal- und Sachkostensteigerungen des Leistungserbringers eine jährliche pauschale Anpassung der Förderung um gut 2 %. Dieses Verfahren hat sich über viele Jahre bewährt und sorgte auf beiden Seiten für Zufriedenheit und reduzierten Verwaltungsaufwand in der Abwicklung des Vertragsgeschehens. Die jeweiligen Tarifabschlüsse fielen moderat aus und lösten bezüglich der laufenden Abkommen keinen Handlungsbedarf aus.

Ab dem Jahr 2024 trifft diese Aussage allerdings nicht mehr zu. Die inflationsbedingt höheren Tarifabschlüsse im Land betreffen natürlich auch die Vertragspartner der Stadt. Die Diakonie Altholstein GmbH hat sich dem Kirchlichen Tarif Diakonie (KTD) angeschlossen, der für das Jahr 2024 u.a. eine Lohnkostensteigerung von 10 % und die Einführung einer Urlaubszuwendung für die Beschäftigten vorsieht. Im Falle der Schuldnerberatung kam eine außergewöhnlich hohe, aber rechtlich nicht anfechtbare Erhöhung der Indexmiete hinzu.

Das Diakonische Werk Altholstein hat sich deshalb an die Stadt gewandt mit der Bitte, die bestehenden Vereinbarungen hinsichtlich des Zuwendungsbetrages für 2024 (Schuldnerberatung auch 2025) aufgrund des Tarifabschlusses anzupassen, weil die vereinbarte Leistung unter den gegebenen Verhältnissen nicht mehr finanziert werden könnte, ohne dass Personal entlassen wird.

Die der Diakonie übertragenen Leistungen stellen für die Stadt zum Teil Pflichtaufgaben nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) dar bzw. haben einen hohen Stellenwert zur Verhinderung bzw. zur Abmilderung sozialer Notlagen in unserer Stadt. Insofern spricht sich die Verwaltung dafür aus, die laufenden Verträge bzw. die laufende Vereinbarung für das Jahr 2024 (für die Schuldnerberatung auch für das Jahr 2025) hinsichtlich des Zuwendungsbetrages anzupassen.

Das Besserstellungsverbot, wonach Empfänger von Zuwendungen ihre Mitarbeitenden nicht besser vergüten dürfen als vergleichbare Beschäftigte des Zuwendungsgebers (TVöD), bleibt bei den vorgelegten 1. Nachträgen gewahrt.

Die beigefügten Nachträge wurden mit dem Fachdienst Recht der Stadt Neumünster abgestimmt.

Finanzielle Auswirkungen:

Der Mehraufwand für 2024 in Höhe von insgesamt 130.500 EUR wird aus dem Budget des Dezernates III gewährleistet. Der Mehraufwand für 2025 in Höhe von 71.410 EUR wird bei der Haushaltsplanung für das Jahr 2025 berücksichtigt.

Im Auftrag

Tobias Bergmann
Oberbürgermeister

Carsten Hillgruber
Stadtrat

Anlagen:

- Anlage 1 1. Nachtrag zum Vertrag über den Betrieb der Zentralen Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot (ZBS) vom 23.12.2019/03.01.2020
- Anlage 2 1. Nachtrag zum Vertrag über die Durchführung der Schuldnerberatung vom 13.11.2020/19.11.2020
- Anlage 3 1. Nachtrag zur Zuwendungs- und Leistungsvereinbarung über die Durchführung des Projektes „Ambulante Wohnbetreuung“ vom 07.11.2022/17.11.2022